



Foto: F. Nowiak

DIE LINKE setzte deutliches Zeichen auf der Friedenswanderung gegen Air Defender 23.

Für Frieden üben – nicht für Krieg Protestmarsch der LINKEN gegen Luftwaffenmanöver

Nicht von ungefähr hat DIE LINKE. Brandenburg zur Friedenswanderung auf dem Gelände des ehemaligen Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide gegen das größte Luftwaffenmanöver in der Geschichte der NATO aufgerufen. Auch wenn es an diesem Tag sehr heiß war, trafen sich am 11. Juni über 150 Menschen, um an diesem symbolischen Ort ihrem Protest gegen die Kriegsübung Ausdruck zu verleihen. „Einst musste hier ein Truppenübungsplatz der Bundeswehr verhindert werden und heute ein Atomkrieg.“ Einen Dritten Weltkrieg dürfe es nicht geben, brachte

es Wolfgang Methling, Ex-Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern (Linke) auf den Punkt. Der LINKEN-Vorsitzende von Meck-Pomm, Peter Ritter, erläuterte, dass bei dem Manöver „Air Defender 2023“ u. a. das Szenario durchgespielt werde, der Rostocker Hafen sei von einer fremden Macht erobert worden. Einen Gegenschlag mit konventionellen Luftstreitkräften zu üben, bezeichnete er als irrwitzig. Es käme vielmehr zum Atomkrieg. Die Landeschefin von Brandenburg, Katharina Slanina, erinnerte daran, dass die Planung dieser Machtdemonstration vor fünf Jah-

ren begonnen habe, also bereits vor dem Ukrainekrieg. Deutschland dürfe nicht Mitverantwortung für Kriege tragen, sondern für Friedensinitiativen. Didem Aydurmus vom Bundesvorstand verwies auf zurzeit neun weniger beachtete Kriege sowie auf die enormen Klimaschäden der Übung. Auf der Auftaktkundgebung vor der Friedenswanderung stimmte außerdem Sänger Uli Kirsch zum gemeinsamen Gesang des Liedes „Sag mir, wo die Blumen sind“ an. Zuvor hatte er berührende Friedenslieder von Hannes Wader und Reinhard May vorgetragen.

Renate Adolph

**Friedenswoche
in Vorbereitung**

Seite 2

**Meinungen zum
Parteibeschluss**

Seite 3

**IPPNW warnt
vor Atomkrieg**

Seite 4

**Jugendzentrum
Horte ist wichtig**

Seite 7

◀ Linke vor Ort

LINKE MOL bereitet Friedenswoche vor Gegen Kriege, soziale Ungleichheit und Klimakatastrophe!

Während Militärflugzeuge beim bisher größten NATO-Luftmanöver Air Defender 23 Krieg üben, bereiten Mitglieder der LINKEN. Märkisch-Oderland ihre traditionelle Friedenswoche vor. Auch in diesem Jahr wollen sie um den Weltfriedenstag am 1. September mit mehreren Veranstaltungen in Städten und Gemeinden einen hörbaren Ruf nach Frieden aussenden. Sie protestieren gegen die Ursachen von Kriegen, sozialer Ungerechtigkeit und Klimakatastrophen.

Den Auftakt wird das Seelower Hoffest am Linkstreff am 25. August, ab 18 Uhr bilden. In diesem Jahr werden u. a. die Brandenburgischen Landesvorsitzenden Katharina Slanina und Sebastian Walter sowie die hiesige Landtags-

abgeordnete Bettina Fortunato zu Gesprächsrunden erwartet.

Zur Friedenswoche gehört wie gewohnt auch ein Antikriegsfilm im Letschiner Haus Lichtblick.

Zudem planen DIE LINKEN. in Hoppegarten ein Konzert mit Songwriter Torsten Riemann am 3. September, um 16 Uhr, im Haus der Generationen.

In Strausberg stellen Genoss*innen zurzeit ein vielfältiges Programm für das alljährliche Friedensfest auf die Beine, das den alljährlichen Höhepunkt der Friedenswoche bildet.

Im Vorfeld des Festes sind zwei Diskussionsabende geplant: Am 6. September eine Lesung mit Esther Dischereit, Herausgeberin des Buches „Hab keine Angst, erzähl alles“ über die Mordanschläge in Halle 2019 sowie am

7. September ein Friedenspolitisches Forum u. a. mit der Russlandexpertin Kerstin Kaiser über Auswege aus dem Ukrainekrieg.

Das Strausberger Friedensfest selbst mit Polittalks, Diskussionen, Ausstellungen, Ständen, Musik und Angeboten für Kinder findet am 9. September von 11 bis 16 Uhr auf dem Markt an der Großen Straße statt. Erwartet werden u. a. Sebastian Walter, die Europaabgeordnete Özlem Demirel, die Sängerin Scarlett O`, und der Rapper Matondo Castlo.

Am Tag der Opfer des Faschismus, 10. September, wird die VVN-BdA MOL um 10 Uhr eine Gedenkveranstaltung am OdF-Ehrenhain in Strausberg durchführen.

Renate Adolph

Kein Platz für Diskriminierung in der Kurstadt Besucherrekord bei „Bad Freienwalde ist bunt“

Rund 300 Besucher*innen kamen am 3. Juni zur Kundgebung „Bad Freienwalde ist bunt“ und damit so viele wie noch nie in den Vorjahren. Und der Trend zur wachsenden Unterstützung des gleichnamigen Bündnisses hält unvermindert an.

Mit einem vielseitigen Programm wurde deutlich, dass die Stadt wirklich bunt ist. Besondere Highlights bildeten das Bad Freienwalder Jugendorchester, eine Drag Show des queeren Künstlers Janoma Bange & the Background of Empress mit Unterstützung der Tanzgruppe „unbeschwert & fröhlich“ des Altranfter Traditionsvereins sowie ein Konzert des Berliner Rappers Matondo.

Berichte von Alltagsdiskriminierung Betroffener machten deutlich, dass Hass und Hetze gegen als anders wahrgenommene Menschen leider noch viel zu oft stattfinden. Offene Anfeindungen spielen dabei eine Rolle. Aber auch die weniger sichtbaren, heimtückischen Benachteiligungen bestimmter Gesellschaftsgruppen stellen ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches

Problem dar. So berichteten Geflüchtete von Busfahrern, die sie einfach an Haltestellen stehen lassen. Dadurch würden sie nicht nur in ihrer Mobilität massiv eingeschränkt, sondern erhielten auch ein starkes Signal der Ablehnung. Aber es wachse auch die Solidarität.

DIE LINKE. Bad Freienwalde und weitere Ortsverbände sind seit Beginn in dem Bündnis aktiv. Unsere Solidarität mit von Diskriminierung betroffenen Menschen und unser Engagement für soziale Gerechtigkeit und eine Friedenspolitik ohne Aufrüstungsspirale finden ihren Ausdruck nicht zuletzt in solchen regionalen Veranstaltungen. Dass dieser Ansatz wirkt, hat der Erfolg der Kundgebung eindrucksvoll bestätigt.

DIE LINKE. Bad Freienwalde



Foto: K. Klinger

◀ **Aus unserer Postmappe**

Briefe an den Parteivorstand DIE LINKE



1. Mai in Strausberg 2023

Der Bundesvorstand der Partei DIE LINKE hat am 10. Juni einen Beschluss gefasst, der allen Mitgliedern zugegangen ist. Nach einer Aussprache im Stadtvorstand der Strausberger BO hat dieser dazu am 16. Juni einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die mehrfach wiederholte öffentliche Ankündigung von Sahra Wagenknecht, eine mit der LINKEN konkurrierende Partei gründen zu wollen, schadet unserer Partei sehr. Es verunsichert unsere Mitglieder, es verunsichert unsere Wähler*innen, viel schlimmer: Es führt dazu, dass in der Öffentlichkeit nur noch über eine anstehende Spaltung

berichtet wird.

Doch es blieb nicht bei Ankündigungen. Da konkrete vorbereitende Aktivitäten nachweislich vorgenommen wurden, eine konkurrierende Partei zu gründen, ist eine Reaktion des Parteivorstandes unvermeidbar und absolut notwendig. Die einzige Kritik, die wir an dem Beschluss des Parteivorstandes haben, ist der späte Zeitpunkt desselben, da Sahra Wagenknecht schon seit Monaten mit ihren öffentlichen Äußerungen zu einer Neugründung unserer Partei schadet. Eine Partei kann und darf nicht tatenlos mit ansehen, wenn von innen heraus, unter Nutzung der parteieigenen Ressourcen,

eine Konkurrenzpartei aufgebaut wird.

Sahra Wagenknecht selbst kommentiert den PV-Beschluss gegenüber der Presse als nicht neu, da sie bereits vor Monaten gesagt hat, dass sie für sich keine Zukunft in der Partei DIE LINKE mehr sehe. Allein diese Reaktion ist vielsagend.

Wir bedauern die Entscheidung von Sahra Wagenknecht, sich permanent über die auf Parteitagen mühsam errungenen Beschlüsse hinwegzusetzen und über öffentlichkeitswirksame Auftritte zu versuchen, ihre politische Position der Partei auszudrücken. Dieses undemokratische, in politischen Massenorganisationen nicht tragfähige Verhalten gipfelt aktuell in der Neugründung einer eigenen Partei.

Daher unterstützen wir den Beschluss des Parteivorstandes und erwarten, dass unser Landesverband Brandenburg und unser Kreisverband geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Bildung einer Konkurrenzpartei aus unseren Mitteln zu verhindern und den Erhalt der LINKEN abzusichern.

Stadtvorstand Strausberg

An den Bundesparteivorstand DIE LINKE

Die Basisorganisation Müncheberg führte am 12.06.2023 eine Mitgliederversammlung durch.

Die Mitglieder hatten Kenntnis erhalten von der Aufforderung des Parteivorstandes an Sahra Wagenknecht und Gefährten, ihre Abgeordnetenmandate niederzulegen.

Die Diskussion dazu ergab: Einen solchen Beschluss können wir keinesfalls mittragen, er widerspricht den Interessen der Partei und

schädigt ihr Ansehen. Wir sind enttäuscht und empört und entziehen dem Vorstand unser Vertrauen.

Da nicht zu erwarten ist, dass der Beschluss gegen die Genossin Wagenknecht zurückgenommen wird, verlangen wir den Rücktritt von der Funktion von allen Vorstandsmitgliedern, die für ihn gestimmt haben.

Unserem Kreisvorsitzenden empfehlen wir, die Positionen aller Basisorganisationen abzufragen und

angemessen zu reagieren.

Die Müncheberger Genossen sagen mehrheitlich JA zu Sahra Wagenknecht.

Schluss mit der Demontierung unserer Zugpferde der Partei. Bündeln wir unsere Kraft für die wirklich wichtigen Dinge: Den Erhalt des Friedens in unserem Land und die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit.

*Im Namen der BO Müncheberg
Vorsitzender Frank Hahnel*

◀ **Zeitzeugen**

Reale Gefahr für Einsatz von Atombomben

IPPNW fordert in Strausberg Friedensverhandlungen

„Es kann niemand wirklich eine atomare Eskalation im gegenwärtigen Ukrainekrieg ausschließen. Bei wachsender Nervosität kann auch ein Fehler passieren“, warnt Christoph Krämer von der Deutschen Sektion des IPPNW (Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges e. V.) Ende Mai in Strausberg bei einer gutbesuchten Diskussionsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und des Vereins „alternativen denken“. Schon ein begrenzter Atomkrieg würde das Klima zerstören und eine weltweite Hungerkatastrophe auslösen, so Krämer. Auch der Westen beharre auf der Erstschlags-Option. Der Ukrainekrieg müsse so schnell wie möglich durch Verhandlungen beendet werden, fordert er.

Leider seien die Mehrheiten in der Frage Krieg und Frieden im Bundestag andere als in der Bevölkerung. Zudem sei die Rolle der sogenannten Leitmedien fraglich. Der Chirurg verweist auf eine Forsa-Umfrage vom August 2022, in der sich rund 77 Prozent der Bevölkerung für Verhandlungen aussprachen. In Ostdeutschland waren es sogar noch mehr. Zehntausende sprachen sich auf der großen Friedenskundgebung am 25. Februar vor dem Brandenburger Tor in Berlin gegen Waffenlieferungen aus.



Christoph Krämer erinnert daran, dass die beiden „kleinen“ Atombomben, die die USA 1945 auf Japan abwarfen zum sofortigen Tod von 45.000 Menschen geführt haben und zu über 100.000 Strahlenopfern mit Langzeitwirkungen. Heutige H-Bomben hätten oft weit mehr als die 100-fache Sprengkraft.

Bei einem Blick in die Vorgeschichte der aktuell verschärften Situation angesichts des Ukrainekrieges Russlands verweist Krämer u. a. auf die NATO-Russland-Grundakte von 1997 mit der Zusage, in Osteuropa keine substantiellen NATO-Truppen dauerhaft zu stationieren. Seit 1999 wurde die NATO durch 14 ost- und nordeuropäische Länder erweitert. Es folgten u. a. nach 1999 völkerrechtswidrige Angriffskriege der NATO bzw. der USA mit Verbündeten gegen Jugoslawien, Irak und Libyen sowie der 20-jährige Krieg in Afghanistan mit weit über einer Million Toten und verheerenden Verwüstungen der Länder.

2002 gab es u. a. den Austritt der

USA aus dem ABM-Vertrag (über Raketenabwehr).

2014 brachte der Maidan-Umsturz mit westlicher Hilfe einen pro-NATO-Ministerpräsidenten an die Macht und führte zu Spaltung und Krieg in der Ukraine. 2018 wurde die Ukraine offizieller NATO-Beitrittskandidat.

Am 2. Februar 2022 wiesen USA und NATO russische Vertragsvorschläge, um aus der Eskalationsspirale herauszukommen, zurück. Am 24. Februar erfolgte der Einmarsch Russlands in die Ukraine. Christoph Krämer betont: Dies sei keine Rechtfertigung des russischen Vorgehens. Das Verstehen der Reaktion der Gegenseite halte er aber friedenspolitisch für unverzichtbar – besonders bei der Suche nach einer Lösung.

Für Friedensverhandlungen hätten sich mehrere Staaten, darunter die Afrikanische Union, Brasilien, China, Indonesien, Israel und Südafrika ausgesprochen. Mehrere Friedensvorschläge wurden von NATO und Ukraine boykottiert bzw. ignoriert.

Krämer zitiert abschließend den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses Harald Kujat: „Je länger der Krieg dauert, umso schwieriger wird es, einen Verhandlungsfrieden zu erzielen.“

Renate Adolph

IPPNW: Mediziner*innen für atomwaffenfreie Welt

In über 60 Ländern auf allen Kontinenten setzen sich Tausende Mediziner*innen mit der internationalen Vereinigung IPPNW für eine friedliche, atomtechnologiefreie und menschenwürdige Welt ein, darunter die Deutsche Sek-

tion: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges e. V. Für das Engagement, erdumspannend Bedrohungen für Leben und Gesundheit abzuwenden, wurde IPPNW 1985 mit dem Friedensnobelpreis ge-

ehrt. Die Organisation wirkt für friedliche Konfliktbewältigung, für internationale Verträge, für die Abschaffung von Atomwaffen und Atomenergie und für eine Medizin in sozialer Verantwortung.

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Sebastian Walter: Keine Geschäfte mit dem Tod

Brandenburgs Ministerpräsident Woidke bemüht sich um die Ansiedlung einer Fabrik des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall. Der Rüstungskonzern ist derzeit auf der Suche nach einem neuen Produktionsstandort, an dem Zulieferteile für F-35-Kampfbomber produziert werden sollen. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Sebastian Walter:

„Mit der Anwerbung von Rheinmetall in Brandenburg begeht die Landesregierung einen Tabubruch. An der Öffentlichkeit und am Parlament vorbei, soll Brandenburg zu einem Rüstungsstandort werden.

Wir konnten uns in den letzten Jahrzehnten sehr auf die Landesverfassung verlassen. Dort steht: Brandenburg ist ein dem Frieden verpflichtetes Land.

Arbeitsplätze um jeden Preis sind keine gute Lösung. Der Standort aber soll nun davon leben, dass Waffen produziert und mit diesen Waffen Menschen umgebracht werden. Das Geschäft läuft nur dann gut, wenn es Kriege gibt. Das kann nicht das Ziel der Brandenburger Wirtschaftsstrategie sein. Die Landesregierung muss jetzt für vollständige Transparenz sorgen und sich nicht hinter Geheimgesprächen verstecken.“



Friedensmarsch der LINKEN am 11. Juni gegen Kriegsmanöver

Foto: R. Adolph

◀ **Aus unserer Postmappe**

Manipulation: Wie man einen Schuldigen bestimmt

Der Staudamm Kachowskaja befindet sich im derzeit russisch kontrollierten Gebiet. Der Stausee versorgt die Krim mit Wasser über einen Kanal. Die Sprengung des Staudamms mag für die Ukraine schlecht sein. Aber noch mehr schadet sie Russland. Die ganze Truppe grüner Militärspezialisten und selbst der deutsche Bundeskanzler haben in ihrer unendlichen Weisheit den „Schuldigen“ ausgemacht. Herr Putin war es. Und ein großer Teil der Presse verbreitet eine unverhohlene Vernichtungsphantasie, ohne Fakten zu benennen.

Fakt ist, dass vom 8. Juli bis 18. Oktober 2022 der Staudamm neunmal beschossen wurde. Daraufhin hat die russische Seite am 21. Oktober einen Brief an den UN-Sicherheitsrat zur Sache gesandt, ohne darauf eine Antwort zu erhalten. Am 29. Dezember

deutete der ukrainische General Kowaltschuk Pläne für eine mögliche Sprengung des Staudamms an. Aus diesem Grunde zogen sich die russischen Truppen vom rechten Ufer des Dnjepr zurück, was die Ukraine als Rückeroberung feierte. In den Monaten Mai bis April wurde der Wasserstand von 14 auf 17 m durch die Ukraine erhöht (Kaskadensystem von 5 Staueisen, von denen nur Kachowskaja in russischer Hand ist).

Militärisch von Bedeutung ist, dass die östliche Seite des Ufers (russisch besetzt) niedriger ist als die Gegenseite. Der amerikanische Fernsehjournalist Tucker Carlson äußerte: „Jeder vernünftige Mensch würde zu dem Schluss kommen, dass die Ukrainer den Staudamm in die Luft gesprengt haben.“ Die USA und andere Staaten können die Beteiligung

der Russischen Föderation nicht bestätigen.

Warum also diese Verzerrung der Fakten durch den Westen?

Wahrscheinlich weil der „lupenreine Demokrat“ Selenskyj mit seinen engsten Leuten zu einem Vasallensystem bei der Durchsetzung einer neuen Weltpolitik der USA gehört.

Warum nehmen sich die Medien nicht der Sache des Friedens an? Wie ist zu erklären, dass sich Deutschland trotz seiner mörderischen Geschichte mit zwei Weltkriegen immer wieder mit Krieg anfreundet? Die deutsche Regierung plädiert eben nicht für ein friedliches Leben, obwohl das ein erwünschtes Ziel einer klugen Außenpolitik wäre. Und die Medien: Sie bieten eine Kombination von Weglassen, Selektieren und Lügen an.

Dieter Schäfer

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

LINKE fordert Gremium gegen Wasserknappheit

Eine Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zu den wasserwirtschaftlichen Folgen des Braunkohleausstiegs hat am 8. Juni untermauert, dass mit der Einstellung der Kohleförderung ein starker Rückgang der vom Bergbau eingeleiteten Wassermengen einhergeht. Der künftige Wassermangel werde durch die Verdunstung von den großen Wasserflächen der Bergbaufolgeseen sowie durch die Wirkungen des Klimawandels verstärkt. Dazu erklärte die Sprecherin für den Strukturwandel in der Lausitz der Linksfrak-

tion im Landtag Brandenburg, Anke Schwarzenberg:

„Die Studie bestätigt Befürchtungen in der Region und zeigt, wie dramatisch das Wasserdefizit sein wird. Das betrifft nicht nur den Spreewald, sondern die gesamte östliche Metropolregion von Brandenburg und Berlin. Die Studie hat viele historische und erwartbare Daten zur Wasserwirtschaft zusammengetragen. Damit bietet sie eine belastbare Grundlage, um jetzt wichtige Grundsatzentscheidungen zu treffen.

Ich erwarte, dass die Landesregierung zügig handelt. Dazu gehört,

dass ein gemeinsames politisches Gremium der Länder Brandenburg, Sachsen, Berlin, Sachsen-Anhalt und dem Bund eingerichtet wird. Hier sollen verbindliche Beschlüsse zum Ausbau und zur Finanzierung von Wasserspeichern und Wasserüberleitungen herbeigeführt werden. Angesichts des kleinen Zeitfensters braucht es von Anfang an klare Verantwortlichkeiten und den Willen zur gemeinsamen Zusammenarbeit. Wir müssen alles daransetzen, um Schaden vom Spreewald abzuwenden und eine Austrocknung der Spree zu verhindern.“

◀ **Aus unserer Postmappe**

Gewässer – wichtiges Thema im ökologischen Gleichgewicht

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Politik, Wissenschaft und Umweltverbände die Wichtigkeit des ökologisch nachhaltigen Umgangs mit Gewässern beschwören.

Dabei geht es u. a. um die Sanierung der Gewässer und die Wiederherstellung ihres natürlichen und nachhaltigen Zustands, insbesondere durch den Abbau von Schlamm, sowie um die Erhöhung des Wasserstandes in den Gewässern, von denen viele durch die zunehmende Trockenheit zu verlanden drohen.

Zu beiden Themen hat eine Firma in Hoppegarten (MOL) Verfahren auf biologischer Basis entwickelt, die nachhaltig und zudem noch preiswert sind.

Das reinigende Ausbaggern von Dorfteichen z. B. und die Entsorgung des Aushubs als Sondermüll kann je Teich bis zu 1 Million Euro kosten. Bei dem in Hoppegarten entwickelten Verfahren werden Mi-

kroorganismen und Zeolith in die Gewässer gegeben. Infolge des biologischen Prozesses wird der Schlamm bis auf eine kleine Sedimentschicht vollständig abgebaut. Das Wasser hat danach eine sehr gute Qualität und einen hohen Sauerstoffgehalt.

Außerdem kommt es darauf an, Wasser in der Region zu halten, beispielweise indem es biologisch aufbereitet wird. Stillgelegte landwirtschaftliche Gülleanlagen könnten mit Abwässern befüllt und aufbereitet werden. Dazu werden auch sie mit Mikroorganismen versetzt. Das sich entwickelnde Brauchwasser in guter Qualität lässt sich ohne Bedenken zur Auffüllung von Gewässern einsetzen. Die Abbauprodukte kann man als Dünger auf den Feldern verwenden, ohne negative Wirkungen für den Boden zu befürchten.

Leider hält sich die Unterstützung von Bund und Land für dieses

nachhaltige Vorgehen in Grenzen. Es braucht mehr Aktivität vor Ort, um Gewässer wieder in einen natürlichen Zustand zu versetzen. Mich weiterhin für die Verfahren einzusetzen, betrachte ich als Linker als einen konkreten Beitrag, um Folgen der Klimaveränderung entgegenzuwirken. *Lutz Amsel*



◀ **Vorgestellt**

Sport, Werkstätten und Beratung

Fast 30 Jahre Jugendzentrum Horte in Strausberg

Im Strausberger Haus des Alternativen Jugendprojektes 1260 e. V. Horte betreiben Jugendliche und engagierte aller Altersgruppen ein Café, Band-Proberäume und Werkstätten. Außerdem ist in dem sozialen Zentrum die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland angesiedelt. Es gibt zahlreiche kulturelle und bildungspolitische Veranstaltungen wie Konzerte, Filme und Vorträge. Das Horte ist ein Ort, an dem sich vor allem Jugendliche begegnen. Sie können sich hier einfach unterhalten und austauschen – auch über politische Themen – sowie Gemeinsamkeiten herausfinden. Aber nicht nur Jugendliche, auch Menschen im Rentenalter besuchen, nutzen und organisieren hier die vielfältigsten Angebote. Jeden Samstag treffen sich zum Beispiel die unterschiedlichsten Besucher*innen zu gemeinsamen Barabenden. Mittwochs wird in der KüfA (Küche für Alle) gekocht. Ab 19 Uhr gibt es Abendbrot gegen eine Spende.

Gerade werden neue Angebote für queere Jugendliche geschaffen und die Siebdruckwerkstatt, in der Textilien selber bedruckt wer-

den können, mit neuem Leben erfüllt. Das Horte ist auch ein Rückzugraum für alle, die sich gegen Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und andere Diskriminierungen einsetzen. Deshalb war das Haus in der Vergangenheit mehrmals Ziel rechter Angriffe.

Der Trägerverein „Alternatives Jugendprojekt 1260 e. V.“ sieht seine Aufgabe darin, alternative, antifaschistische und emanzipatorische Jugendbeteiligung in Strausberg und inzwischen auch im Landkreis voranzutreiben und zu etablieren.

Alles was hier passiert, passiert ehrenamtlich in unabhängiger Selbstverwaltung.

Das Projekt besteht seit 1995. Seine Geschichte reicht bis in das Jahr 1992 zurück, als linke Jugendliche die »Villa Eckertstein« besetzten. Jahrelange Auseinandersetzungen zwischen den Besetzer*innen – die selbstverwaltete Räume forderten – und der Stadtverwaltung folgten. Inzwischen ist das Horte im da-



Foto: R. Adolph

Horte-Stand beim Strausberger Friedensfest 2019

mals folgenden Ausweichobjekt in der Peter-Göring-Straße 25 in der Stadt fest verankert, und die alternative Jugendszene gestaltet das Stadtbild durch ihre Projekte mit.

Zudem ist der Verein Träger des Jugendclubs „Club Vorstadt“ in Strausberg Vorstadt, eine weitere Einrichtung in Strausberg, die Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vielfältige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, zum Austausch, zum Umsetzen eigener Ideen und zur Gestaltung ihrer Umwelt bietet.

r. a.

Politische Bildung – Was ist das?

Immer wieder äußert die AfD in Neuenhagen Unverständnis über das Konzept der „Politischen Bildung“. So auch wieder im Schulausschuss vom 6. Juni. Dabei verweist sie auf das sogenannte Neutralitätsgebot für Personen, die zum Beispiel in Schulen arbeiten. Dieses Argument war auch Grundlage für die durch die AfD eingeführten Meldeportale.

Dort konnten Lehrkräfte gemeldet (= denunziert) werden, die sich gegen die Haltungen der AfD äußerten. Die Aufgabe von Politischer Bildung als demokratischer Staatsaufgabe scheint einigen in unserer Gemeinde nicht geläufig zu sein. Politische Bildung fungiert im Schulwesen unabhängig von Parteien und den parteinahen Stiftungen.

Für deren Sicherstellung gibt es die Bundeszentrale und die Landeszentralen für Politische Bildung, die sich im Selbstverständnis für die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation einsetzen. Das heißt, die Grundwerte zu vermitteln, die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik fußen.

Judith Maringer

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (Mdl)
Bürgerbüro Seelow
 Breite Straße 9
 15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45
 Telefax: (0 33 46) 85 21 47
 buero-fortunato@t-online.de
 www.bettina-fortunato.de
 Montag bis Donnerstag
 9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
 www.dielinke-mol.de
 info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45
 15344 Strausberg
 Telefon:(0 33 41) 31 17 96
 Telefax: (0 33 41) 31 47 75
 strausberg@dielinke-mol.de
 www.dielinke-strausberg.de
 Montag bis Donnerstag
 10.00 - 12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
 16259 Bad Freienwalde
 Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
 frw@dielinke-mol.de
 www.dielinke-frw.de
 1. Dienstag im Monat
 9.30 - 11.30 Uhr
 jeden Donnerstag
 16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
 15306 Seelow
 Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
 seelow@dielinke-mol.de
 www.dielinke-seelow.de
 Montag bis Mittwoch
 9.00 - 12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 16. Juli 2023
 Erscheinen: 1. Aug. 2023

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.
 Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

◀ **Treffpunkt Große Straße 45**

Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.

Gemeinsames Frühstück – jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

DIE LINKE hilft bei Technik: Computer, Handy, Geräte

jeden 3. Sonntag im Monat, 11–13 Uhr
 vor Ort oder per Video: bit.ly/03341

DIE LINKE hilft:

Kostenlose Rechtsberatung

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr,
 vor Ort oder

<https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw>

Überraschung am Kindertag in Willes Welt



Foto: S. Schubert

Am Internationalen Kindertag, 1. Juni, hat die Landtagsabgeordnete der LINKEN aus MOL, Bettina Fortunato, Schüler*innen der Schule am Wald

in Worin überrascht. Mit einem Bus des Seelower Transportunternehmens KAISER ging es nach Müncheberg zu Willes Welt. Die Freude der Kinder war groß und alle hatten eine Menge Spaß. Auf dem Gelände des großen Erlebnisparks konnten die Kinder vom Aussterben bedrohte Wildtiere in zum Teil weitläufigen Gehegen naturnah beobachten. Im Streichelzoo fütterten sie sogar ungefährliche Exemplare. Einige sind auch Karussell gefahren. Und zum Abschluss gab es noch ein Softis. Als Dankeschön übergaben die Schüler am 7. Juni der Abgeordneten ein Plakat. *Simone Schubert*

Protest gegen die AfD in Seelow

Auf dem Vorplatz des Seelower Kulturhauses erschienen am 16. Mai mehr als 100 Teilnehmer, um gegen einen „Bürgerdialog“ der AfD zu protestieren. Dazu aufgerufen hatten der VVN-BdA, die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt MOL, die S5 Antifa sowie DIE LINKE. Seelow. Mit lauten Sprechchören, BUH-Rufen und Pfeifen wurden die Gäste der AfD von den Protestierenden

empfangen und ins Kulturhaus „begleitet“. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Alexander Gauland war so feige, dass er den Nebeneingang ins Kulturhaus, beschützt von der Polizei, nutzte.



Foto: A. Fortunato